

Das liberale Manifest, 1952

Alle Deutschen in Freiheit zu vereinigen, ein einiges und freies deutsches Volk sinnvoll in die europäische Gemeinschaft einzufügen und in einer Gesellschaft freier Menschen den Frieden der Welt zu sichern, sind die Aufgaben unserer Zeit. Sie werden nicht durch Abenteurer, aber auch nicht durch politische Dogmen gelöst. Es gilt vielmehr, die breite Schicht derer, die immer wieder trotz allem Unglück unverdrossen in der Arbeit des Alltags materielle und geistige Werte schaffen, zu einer politischen Macht zu vereinigen. Die Sammlung aller liberalen Kräfte ist daher das Gebot der Stunde.

Liberal ist, wer seine Stellung in der Gesellschaft nur durch Leistung begründet. Liberal waren die Menschen, die in Europa den Obrigkeitsstaat und die Vorrechte der Geburt überwandten, den demokratischen Rechtsstaat schufen und durch die Befreiung der schöpferischen Kraft des einzelnen Menschen die gewaltigste zivilisatorische Entwicklung einleiteten. Das Aufkommen und der Sieg bewußt antiliberaler Kräfte hat uns und die Welt in das entsetzlichste Unglück aller Zeiten gestürzt. Menschen liberaler Gesinnung müssen jetzt zusammenstehen, um die Freiheit des Schaffens auf allen Gebieten wieder herzustellen und gegen die lebensfeindlichen Tendenzen des Kollektivismus aller Spielarten zu schützen. Kollektivismus und Vermassung sind nicht nur das Ergebnis kommunistischer Bestrebungen, sondern ebenso sehr eines überspannten, in Machtgedanken verirrten Nationalismus.

Unser Volk wird dieser Gefahren nur Herr werden und die deutsche Politik wird die gewaltigen Aufgaben, die ihr gestellt sind, nur lösen, wenn eine starke liberale Mitte vorhanden ist, gegen die und ohne die Entscheidungen in der Demokratie nicht mehr möglich sind.

Der Demokratische Staat

Wir bekennen uns zum demokratischen Staat, der aus Untertanen, die den Gesetzen gehorchen, Bürger macht, die die Gesetze achten. Nur er bringt die natürlichen Unterschiede der politischen, rechtlichen, sozialen und kulturellen Bestrebungen zum friedlichen Ausgleich. Er bedarf der stetigen Mitwirkung aller, die in einer starken kommunalen und sozialen Selbstverwaltung zuverlässig entwickelt wird.

Wir sind überzeugt, daß der Wille des ganzen Volkes am besten durch *ein frei gewähltes Parlament*, dem die Regierung verantwortlich ist, verwirklicht werden kann. Wir bejahen die Notwendigkeit einer konstruktiven Opposition, lehnen aber alle bloße Verneinung ab. Die Freiheitsrechte des Bürgers dürfen nicht durch die Feinde der Demokratie mißbraucht werden, um sie zu zerstören. *Wir bekämpfen daher jeden Radikalismus* von rechts und links und wir lehnen den Sozialismus ab, weil er unvermeidlich zur

Diktatur des Staates und der Funktionäre über den Menschen führt, wie auch jede weltanschaulich-politische Bevormundung, welche die Toleranz verneint.

Wir bejahen den Rechtsstaat, weil er allein die Freiheit des einzelnen gegen Mißbrauch und Unterdrückung schützt. Die *Justiz* muß unabhängig sein. Ihre gegenwärtige Zersplitterung in Sondergerichtsbarkeiten muß zur Wahrung der Einheit des Rechts auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Die *Verwaltung* soll nicht parteiisch sein. Hoheitsaufgaben sollen nur durch Berufsbeamte ausgeübt werden.

Der Schutz der staatsbürgerlichen Rechte fordert vom Bürger zugleich die Ausübung seiner Rechte. Die Freiheit des einzelnen findet ihre Grenzen, wo die Rechte der Mitbürger, die Gleichheit vor dem Gesetz oder die Existenz des demokratischen Staates bedroht werden.

Wir bekämpfen den *Mißbrauch der Staatsgewalt* und die unangemessene Ausdehnung ihres Bereichs. Der Staat darf nur dort eingreifen, wo die selbstverantwortliche Tätigkeit seiner Bürger nicht genügt oder wo die Grundsätze der freien Demokratie verletzt werden. Wir bekämpfen ebenso das Machtstreben von Verbänden und Funktionären wirtschaftlicher und sozialer Interessen und deren Monopolansprüche auf den Einzelmenschen und die staatliche Gewalt. Wir bejahen die wirtschaftliche und soziale *Selbstverwaltung*, aber wir lehnen den Ständestaat ab. Wir befürworten die Bildung eines Bundeswirtschaftsrates als eines beratenden Organs neben dem souveränen Parlament. Wir lehnen unzeitgemäße Formen des *Föderalismus* ab, weil sie der Entwicklung demokratischen Lebens schädlich sind. Wir bekämpfen insbesondere den Zentralismus der

Länder und fordern die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, in der jede lebensfähige Demokratie wurzelt. Nur so läßt sich eine echte landsmannschaftliche Gliederung des Bundesgebietes, die die vielfältigen Eigenarten der deutschen Stämme wahrt und pflegt,, im Interesse der Lebensfähigkeit des Bundes selbst erhalten. Der Bundesrat ist in einen Senat umzuwandeln, in dem Abgeordnete der Länder, die nicht an Weisungen gebunden sind, eine zweite gesetzbildende Kammer bilden.

Die Außenpolitik

Deutschland ist infolge des verlorenen Krieges in die politische und ideelle Auseinandersetzung zwischen Ost und West einbezogen. *Neutralität ist* in dieser Lage *nicht möglich*. Das deutsche Volk ist aus Überzeugung und Lebensnotwendigkeit ein Teil der freien Welt. Die Bundesrepublik als die vorläufige staatliche Heimat aller Deutschen kann sich daher nur für die gleichberechtigte und gleichverpflichtete Teilnahme an den gemeinsamen Anstrengungen des Westens zur Verwirklichung und Sicherung der freien Demokratie entscheiden.

Das deutsche Volk hat einen unabdingbaren Anspruch auf friedliche Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechtes in innerer und äußerer Freiheit für alle Deutschen im Osten und im Westen.

Wir fordern darum die *Einheit Deutschlands*. Sie kann nach unserer Überzeugung nur auf dem Wege der Vereinigung Europas und der Stärkung des Westens wieder hergestellt und erhalten werden.

Wir bejahen grundsätzlich den Zusammenschluß der freien Völker Europas als die einzige Möglichkeit, die Stellung Deutschlands und Europas in der Welt zu stärken. Wir bejahen daher die Montan-Union und die europäische Verteidigungsgemeinschaft als den Beginn der europäischen Einigung. Wir fordern darüber hinaus einen *europäischen Staat* mit gewähltem Parlament, verantwortlicher Regierung und unabhängiger Rechtsprechung, der schließlich ganz Europa umfassen wird.

Wir sind überzeugt, daß sich die Vereinigung Deutschlands und Europas im Rahmen einer immer engeren Verbundenheit der freien Welt, zu der auch die gegenwärtig unterdrückten Völker einmal wieder gehören werden, vollziehen muß. Wir wissen, daß dies allein in geduldigen Bemühungen aller Menschen guten Willens und durch einen gerechten Ausgleich erreicht werden kann. (...)

Liberalismus und Menschenwürde

Der Liberalismus, dessen Kräfte wir auf breitester Basis sammeln und für die Demokratie einsetzen wollen, wird heute verstanden als Kampf gegen die Gefahren, die der inneren und äußeren Freiheit des Menschen und seiner Würde drohen, wenn er in das Getriebe kollektivistischer Verwaltungsmaschinen gerät. In der Liberalen Bewegung, der die Zukunft gehört, wehrt sich, was menschlich ist, gegen nationalistische und sozialistische Vermassung. In der Vergangenheit waren es andere Gefahren, gegen die der Mensch seine Freiheit verteidigte und in der Zukunft werden es andere Gefahren sein, die wir heute noch nicht kennen. Der Kampf liberaler Menschen um Freiheit und Menschenwürde ist so alt wie die Geschichte selbst und wird immer sein. Der jeweilige Ausgang dieses Kampfes bestimmt den Fortschritt der Menschheit zu wirklichem Menschentum.

Quelle: Peter Jüling, Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969, Meisenheim 1977, S. 124ff, 128.